

Verwaltung soll digitale Bildungskarte prüfen

VON MONIKA KLEIN

LEVERKUSEN Zwar nutzen inzwischen mehr Bedürftige die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder und Jugendliche als bei Einführung vor einem Jahr, aber längst nicht alle Hartz-IV-Empfänger beantragen, was ihnen zusteht. In Leverkusen würden gerade mal 50 Prozent der Mittel abgerufen, sagte jetzt Dezernent Marc Adomat im Schulausschuss. Anlass war ein Antrag, die Einführung einer digitalen Bildungskarte zu prüfen. Die Abwicklung über Gutscheine sei zu umständlich und bürokratisch, meint CDU-Ratsherr Bernhard Marewski, der den Antrag im Alleingang eingebracht hatte, weil sich das Bündnis JamaikaPlus im Vorfeld nicht auf einen gemeinsamen Wortlaut einigen konnte (wir berichteten).

95 Prozent für Essen

Die abgerufenen Mittel aus dem Teilhabepaket des Bundes würden in Leverkusen zu 95 Prozent für Essen ausgegeben, also nur zum geringen Teil für Bildungs-, Kultur- und Sportangebote. „Essen ist wichtig, aber Bildung ist auch wichtig“, sagte Marewski im Schulausschuss. Das sahen auch die Kollegen von der SPD so und stimmten für die Prüfung verschiedenen Kartensysteme, „mit dem Ziel, eine praktikable Lösung zu finden, die

garantiert, dass das Geld an die richtigen Leute kommt“, sagte Ernst Küchler. Die müsse neutral sein und neben den Vorteilen auch die Nachteile aufzeigen, verlangte Dr. Uwe Becker (Opladen Plus) ausdrücklich fürs Protokoll. Dass es bei der Abwicklung in anderen Städten auch Pannen gab, hatte Dr. Monika Ballin-Meier-Ahrens behauptet. „Ich habe eine Freundin in Neumünster, die sagt, dort laufe die Karten-Aktion nicht gut“, sagte sie der RP vor drei Wochen.

Die FDP kann sich offenbar immer noch nicht mit Marewskis Antrag, in dem das Verfahren in Neumünster als ein Beispiel geschildert wird, anfreunden. Timur Lutfullin enthielt sich bei der Abstimmung – als einziger. Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss hatte man den Punkt, der auch in den Ausschüssen KulturStadtLev und Soziales auf der Tagesordnung steht, bevor die Entscheidung im Rat fällt, um einen Turnus verschoben. Da meldete Stefan Hebbel Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion an.

Bernhard Marewski versteht die Vorbehalte nicht. Schließlich solle nicht über die Einführung einer bestimmten Chipkarte entschieden werden, sondern nur über die Prüfung. Die berechtigten Kinder und Jugendlichen können dann von ihrer Guthabekarte direkt beim Leistungsanbieter abbuchen lassen.